

ENTWURF

Gesetz über den Betrieb von Fiakerunternehmen und mit Pferden betriebenen Mietwagenunternehmen (Wiener Fiaker- und Pferdemitwagengesetz)

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

I. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

Anwendungsbereich

§ 1

Die Beförderung von Personen mittels Pferdekutschen unterliegt den Bestimmungen dieses Gesetzes, wenn sie gegen Entgelt erfolgt.

Begriffsbestimmungen

§ 2

Im Sinne dieses Gesetzes gelten als:

1. **Pferdekutsche:** Jedes Fahrzeug, das durch die Kraft von Pferden bewegt wird;
2. **Fiakerunternehmen:** Unternehmen, welche die Beförderung von Personen mittels Pferdekutschen durchführen und ihre Leistung an öffentlichen Orten anbieten;
3. **Mit Pferden betriebene Mietwagenunternehmen (Pferdemietwagenunternehmen):** Unternehmen, welche die Beförderung von Personen mittels Pferdekutschen durchführen und ihre Leistung an nichtöffentlichen Orten anbieten;
4. **Fahrer:** Die im Fiaker- und Pferdemitwagenfahrdienst tätigen Personen;
5. **Entgelt:** Jede Geld- oder Sachleistung, die für die Beförderung von den beförderten oder anderen Personen entrichtet wird.

II. Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen für Fiaker- und Pferdewagenunternehmen

Bewilligung

§ 3

(1) Der Betrieb von Fiakerunternehmen und mit Pferden betriebenen Mietwagenunternehmen ist nur auf Grund einer besonderen behördlichen Bewilligung (Konzession) gemäß § 7 zulässig.

(2) Im Rahmen eines Fiakerunternehmens oder Pferdewagenunternehmens dürfen nur gut genährte Pferde, die keine erkennbaren Verletzungen oder Abweichungen vom physiologischen Gesundheitszustand aufweisen, im Fahrdienst verwendet werden.

(3) Für alle Fahrzeuge im Fiaker- und Pferdewagenfahrdienst muss eine ausreichende Haftpflichtversicherung vorliegen.

(4) Der Betrieb von Fiakerunternehmen und mit Pferden betriebenen Mietwagenunternehmen ist nur in der Zeit von 7.00 Uhr bis 22.00 Uhr gestattet.

Konzessionsansuchen

§ 4

Die Konzession erteilt der Magistrat auf Ansuchen des Konzessionswerbers. Das Ansuchen um Konzessionsverleihung ist schriftlich einzubringen und hat folgende Angaben zu enthalten:

- 1) Name, Geburtsdatum und Wohnadresse des Konzessionswerbers, bei juristischen Personen, Personengesellschaften des Handelsrechtes und eingetragenen Erwerbsgesellschaften deren Bezeichnung (Firma) und Sitz,
- 2) Standort des Unternehmens,
- 3) Zeitraum, für den die Konzession angestrebt wird,
- 4) Unterschrift des Konzessionswerbers oder seines ausgewiesenen Vertreters.

Voraussetzungen für den Erwerb einer Konzession für den Betrieb eines Fiaker- oder Pferdewagenunternehmens

§ 5

(1) Für den Erwerb einer Konzession für ein Fiakerunternehmen oder ein Pferdewagenunternehmen, die auf eine bestimmte Anzahl von Kutschen zu lauten hat, und während der gesamten Ausübungsdauer müssen folgende persönliche und sachliche Voraussetzungen vorliegen:

1. Österreichische Staatsbürgerschaft; Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union (EU) bzw. einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt. Juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechtes und eingetragene Erwerbsgesellschaften müssen ihren Sitz im Inland oder in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) bzw. in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, haben. Angehörige anderer Staaten sind auch dann den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt, wenn dies in Staatsverträgen festgelegt ist;
2. Eigenberechtigung bei natürlichen Personen;
3. Verlässlichkeit;
4. fachliche Befähigung (Befähigungsnachweis gemäß § 6);
5. Nachweis einer nicht bloß vorübergehenden Verfügungsmöglichkeit über die entsprechende Anzahl von Zugpferden sowie Stallungen, die ein artgerechtes Halten der Zugpferde ermöglichen, im Gebiet der Stadt Wien oder einer daran unmittelbar angrenzenden Gemeinde;
6. Nachweis einer nicht bloß vorübergehenden Verfügungsmöglichkeit über die entsprechende Anzahl von Kutschen, die dem Traditionsbild der Fiakerkutsche (§ 13) entsprechen und Räumlichkeiten zum Einstellen der Fahrzeuge und zur Aufbewahrung der erforderlichen Ausrüstungsgegenstände, wie Zaumzeug, Zugeschirr und dgl., im Gebiet der Stadt Wien oder einer daran unmittelbar angrenzenden Gemeinde;
7. eine Einkommens- oder Vermögenslage, die die ordnungsgemäße Führung des angestrebten Unternehmens erwarten lässt (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit).

(2) Eine Person ist nur dann verlässlich, wenn von ihr erwartet werden kann, dass sie alle im Zusammenhang mit der Konzessionsausübung maßgeblichen Vorschriften einhalten wird.

(3) Die erforderliche Verlässlichkeit ist insbesondere dann nicht gegeben, wenn

1. der Konzessionswerber von einem Gericht wegen einer mit Vorsatz begangenen strafbaren Handlung zu einer drei Monate übersteigenden Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagessätzen oder wegen Tierquälerei (§ 222 StGB) verurteilt wurde, solange die Verurteilung weder getilgt ist noch der Beschränkung der Auskunft aus dem Strafregister unterliegt (§§ 1 bis 6 Tilgungsgesetz 1972, BGBl. Nr. 68/1972 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 146/1999), oder

2. eine dem Konzessionswerber bereits erteilte Genehmigung zum Betrieb der im Abs. 1 genannten Unternehmen in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung rechtskräftig zurückgenommen wurde, es sei denn es handelt sich um eine Zurücknahme wegen Nichtaufnahme oder Unterbrechung der Ausübung der Konzession, oder

3. der Konzessionswerber oder Ausübungsberechtigte wegen schwerwiegender oder wiederholter Verstöße gegen Vorschriften über

a) die für den Berufszweig geltenden Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen oder

b) die Personenbeförderung, insbesondere die Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer, Zustand und Ausrüstung der Fahrzeuge und die Sicherheit im Straßenverkehr und der Fahrzeuge, oder

c) den Tierschutz

rechtskräftig bestraft wurde.

(4) Die im Abs. 1 angeführten persönlichen (Z. 1, 2, 3 und 4) Voraussetzungen müssen bei juristischen Personen, Personengesellschaften des Handelsrechtes und eingetragenen Erwerbsgesellschaften vom Geschäftsführer und jenen Personen erfüllt werden, denen maßgeblicher Einfluss auf die Konzessionsausübung zusteht.

(5) Über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Abs. 1 Z. 5 und 6 hat die Behörde auch ein Gutachten der zuständigen Gliederung der Wirtschaftskammer Wien einzuholen.

(6) Eine Vermehrung der Zahl der Kutschen bedarf einer Genehmigung, für die, ausgenommen das Erfordernis der Erbringung des Befähigungsnachweises, dieselben Vorschriften wie für die Erteilung der Konzession gelten.

Fachliche Befähigung

§ 6

(1) Die Voraussetzung der fachlichen Eignung (Befähigungsnachweis) ist erfüllt durch

1. den Nachweis der erfolgreich abgelegten Prüfung vor einer Prüfungskommission, die von der Landesregierung bestellt wird, und
2. den Nachweis einer mindestens dreijährigen befugten fachlichen Tätigkeit in einem Fiaker- oder Pferdewagenunternehmen oder in einem fachlich nahestehenden Berufszweig.

(2) Die Prüfungskommission ist von der Landesregierung auf die Dauer von fünf Jahren zu bestellen. Sie hat aus einem Vorsitzenden und vier weiteren fachkundigen Mitgliedern zu bestehen, wovon ein Mitglied ein Veterinärmediziner des amtstierärztlichen Dienstes der Stadt Wien sein muss und ein Mitglied das Studium der Betriebswirtschaft abgeschlossen haben muss. Die Berufung von zwei fachkundigen Mitgliedern, wovon ein Mitglied das Studium der Betriebswirtschaft abgeschlossen haben muss, erfolgt auf Grund eines Dreivorschlages der Wirtschaftskammer Wien und eines fachkundigen Mitgliedes auf Grund eines Dreivorschlages der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Werden die Vorschläge nicht oder nicht vollständig innerhalb einer Frist von vier Wochen erstattet, hat die Landesregierung die Berufung ohne weitere Anhörung vorzunehmen. Zum Vorsitzenden ist von der Landesregierung ein Beamter des rechtskundigen Dienstes zu bestellen. Für den Vorsitzenden und für jedes Mitglied ist mindestens ein Ersatzmitglied zu bestellen.

(3) Die Prüfungskommission ist gehörig zusammengesetzt und beschlussfähig, wenn der Vorsitzende (Ersatzvorsitzende) und mindestens die Hälfte der Mitglieder bei der Prüfung anwesend sind.

(4) Ersatztermine für Prüfungen sind nach Maßgabe der Erfordernisse bis höchstens drei Monate nach Abberaumung oder Entfall eines Prüfungstermines anzuberaumen.

(5) Der Befähigungsnachweis ist dann nicht erforderlich, wenn der Konzessionswerber nachweist, dass er eine Tätigkeit im Rahmen eines Fiakerunternehmens oder Pferde-

mietwagenunternehmens in den letzten zehn Jahren mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung als Konzessionsinhaber oder Geschäftsführer ausgeübt hat.

(6) Die Wiener Landesregierung hat durch Verordnung festzulegen:

1. die Sachgebiete der Prüfung,
2. die Form und Dauer der Prüfung,
3. die Anforderungen an die Prüfer,
4. die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung,
5. nähere Bestimmungen über die Anberaumung der Termine,
6. die auszustellenden Bescheinigungen gemäß Abs. 1,
7. nähere Bestimmungen über die Wiederholung der Prüfung,
8. die Hochschul- und Fachschuldiplome, die ausreichende Kenntnis der Sachgebiete gewährleisten,
9. die vom Prüfling zu zahlende, dem besonderen Verwaltungsaufwand einschließlich einer angemessenen Entschädigung der Mitglieder der Prüfungskommission entsprechende Prüfungsgebühr, wobei auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Prüflings Bedacht genommen werden kann,
10. die aus den Prüfungsgebühren zu zahlende angemessene Entschädigung der Mitglieder der Prüfungskommission sowie
11. die Voraussetzungen für die Rückzahlung der Prüfungsgebühr bei Nichtablegung oder teilweiser Ablegung der Prüfung sowie die Höhe der rückzuzahlenden Prüfungsgebühr.

(7) Die Landesregierung hat Ausbildungen, Prüfungen und Befähigungsnachweise, die in einem anderen Bundesland oder in einem EU-Mitgliedsstaat bzw. EWR-Vertragsstaat erworben worden sind, nach Anhörung der Wirtschaftskammer Wien als gleichwertig anzuerkennen, soweit sie auf Grund der für sie geltenden Vorschriften diesem Gesetz und den auf dessen Grundlage ergangenen Verordnungen im wesentlichen entsprechen. Dasselbe gilt, soweit diesbezügliche staatsvertragliche Regelungen

bestehen.

Konzessionsverleihung

§ 7

(1) Bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen ist die Konzession zu verleihen.

(2) Im Verfahren sind zu hören:

1. die Wirtschaftskammer Wien, insbesondere zur Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie zur Frage, ob die Fiakerkutschen dem überkommenen Traditionsbild im Sinne des § 13 entsprechen;

2. die Bundespolizeidirektion Wien;

3. die Bezirksvorsteher der betroffenen Bezirke.

(3) Die Wirtschaftskammer Wien hat für die von der Behörde zugewiesenen Fahrzeugnummern Nummerntafeln gegen Ersatz der Gestehungskosten auszugeben. Auf der Nummerntafel muss die Stampiglie der Wirtschaftskammer Wien angebracht sein.

(4) Nach Erlöschen der Konzession (§ 10) sind die Nummerntafeln unverzüglich bei der Wirtschaftskammer Wien abzuliefern.

(5) Kommt der Konzessionsinhaber dieser Verpflichtung trotz Aufforderung nicht nach, so sind die Nummerntafeln abzunehmen.

Geschäftsführer

§ 8

Ist der Konzessionswerber nicht eine eigenberechtigte natürliche Person, muss ein Geschäftsführer bestellt sein, der die im § 5 Abs. 1 genannten persönlichen Voraussetzungen erfüllt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Konzessionswerber keinen Wohnsitz im Inland hat, sofern die Zustellung der Verhängung und die Vollstreckung von Verwaltungsstrafen nicht durch Übereinkommen sichergestellt sind. Der Geschäftsführer muss seinen Wohnsitz im Inland haben, sofern die Zustellung der Verhängung und die Vollstreckung von Verwaltungsstrafen nicht durch Übereinkommen sichergestellt wird und

auch in der Lage sein, sich im Betrieb entsprechend zu betätigen. Ein solcher Geschäftsführer kann auch in anderen Fällen bestellt werden. Die Bestellung muss vom Magistrat durch die im § 9 Abs. 2 vorgesehene Bewilligung genehmigt werden.

Konzessionsausübung

§ 9

(1) Die Konzession begründet ein unveräußerliches, nicht verpfändbares und unvererbliches Recht. Wird jedoch nach dem Tod des Konzessionsinhabers das Unternehmen von seiner Verlassenschaft, dem überlebenden Ehegatten, den Kindern, Wahlkindern oder den Kindern der Wahlkinder weitergeführt, so finden hierauf die gewerberechtlichen Vorschriften über die Fortbetriebsrechte (§§ 41 bis 43 der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994, in der Fassung BGBl. I Nr. 59/1999) sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, dass für die Zeit des Fortbetriebes ein Geschäftsführer zu bestellen ist, der die persönlichen Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 erfüllt. Die Konzessionsausübung durch den Geschäftsführer bedarf der behördlichen Bewilligung im Sinne des Abs. 2.

(2) Konzessionen sind grundsätzlich persönlich auszuüben, doch dürfen sie mit behördlicher Bewilligung auch durch einen Geschäftsführer oder Pächter ausgeübt werden, wenn die persönliche Ausübung nicht möglich oder nicht zumutbar ist. Die Konzessionsausübung durch einen Pächter kann auch an Stelle einer gesetzlich notwendigen Geschäftsführung treten. Der Pächter bedarf aber selbst eines Geschäftsführers, wenn er eine juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechtes oder eine eingetragene Erwerbsgesellschaft ist. Ist die Konzessionsausübung durch einen Pächter bewilligt, tritt dieser an die Stelle des Konzessionsinhabers und übernimmt dessen Pflichten. Der Magistrat darf die Bewilligung der Konzessionsausübung durch einen Geschäftsführer oder Pächter nur in Ansehung einer bestimmten Person erteilen; diese muss die persönlichen Voraussetzungen für den Konzessionserwerb (§ 5 Abs. 1) erfüllen. In dringenden Fällen ist die Ausübung einer Konzession durch einen Geschäftsführer oder Pächter vom Magistrat bis zur Entscheidung über die hierfür beantragte Bewilligung vorläufig zu genehmigen, wenn Zweifel über die Eignung des vorgesehenen Geschäftsführers bzw. Pächters nicht bestehen und der Betrieb sonst eingestellt werden müsste.

(3) Verliert ein Geschäftsführer die persönlichen Voraussetzungen für den Konzessionserwerb, ist er vom Konzessionsinhaber bzw. Pächter sogleich zu entheben; wird er nicht enthoben, hat der Magistrat die gemäß Abs. 2 erteilte Bewilligung der Konzessionsausübung durch einen Geschäftsführer zurückzunehmen. Dies gilt sinngemäß auch

für den Fall, dass ein Pächter die Voraussetzungen für den Konzessionserwerb verliert, oder der Aufforderung gemäß § 11 Abs. 4 wiederholt nicht entsprochen hat. Die Enthebung eines Geschäftsführers und die Auflösung eines Pachtverhältnisses sind dem Magistrat auch in anderen Fällen sogleich bekanntzugeben.

(4) Bezüglich der Ausübung von Tätigkeiten der Fiaker- und Pferdewagenunternehmen hat die Wiener Landesregierung mit Verordnung Vorschriften zu erlassen über

1. die nach der Eigenart der Tätigkeit erforderliche Beschaffenheit, Ausrüstung und Kennzeichnung der beim Betrieb des Unternehmens verwendeten Fahrzeuge hinsichtlich ihrer Betriebssicherheit und Eignung, insbesondere auch für die Zwecke des Tourismus.
2. die Betriebs- und Beförderungsbedingungen, Versicherungspflichten mit einer Mindestversicherungssumme und Beschränkungen, Verbote oder eine bestimmte Reihenfolge des Auffahrens auf Standplätze, wie etwa Auffahrverbote an bestimmten Tagen oder an bestimmten Orten oder die Vergabe einer beschränkten Anzahl von Platzkarten; bei Erlassung dieser Verordnungen ist insbesondere auf die Eigenart der Tätigkeit, eine geordnete Konzessionsausübung, die Betriebssicherheit, den Tierschutz, das Stellplatzangebot, das örtliche Stadtbild, die Erhaltung und Reinhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen, die Verkehrsrücksichten und die Bedürfnisse der beförderten Personen Bedacht zu nehmen.
3. Höchsttarife für die zu erbringenden Leistungen unter Berücksichtigung der Art und des Umfanges der verschiedenen Leistungen, insbesondere der festzulegenden Fahrtrouten und des dafür erforderlichen Aufwandes, sowie der Interessen der Kunden, wobei für besondere Anlässe Sondervereinbarungen (Pauschale) festgelegt werden dürfen;
4. die nach der Eigenart der Tätigkeit erforderlichen Eigenschaften der im Fahrdienst tätigen Personen hinsichtlich ihrer Ausbildung, Gesundheit, Verlässlichkeit und ihres Erscheinungsbildes.
5. Die in Z. 3 angeführten Höchsttarife sind von Amts wegen oder auf Antrag der zuständigen Fachgruppe der Wirtschaftskammer Wien nach Anhörung der Wirtschaftskammer Wien sowie der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien zu erlassen. Die Höchsttarife haben alle zur Bestimmung des Beförderungsentgeltes erforderlichen Angaben sowie deren Bekanntgabe an die an Beförderungsleistungen interessierten Personen zu enthalten und einen angemessenen Gewinn der Unternehmen zu berücksichtigen. Die genehmigten Höchsttarife treten frühestens zwei Wochen nach ihrer

Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Wien in Kraft.

(5) Ab einer Zahl von 142 bewilligten Fiakerkutschen (§ 5 Abs. 1) kann die Wiener Landesregierung mit Verordnung die Vergabe von Platzkarten für das Auffahren auf Standplätze aufgrund einer Losentscheidung unter Aufsicht eines Notars in Anwesenheit von Vertretern des Magistrates der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer Wien vorsehen.

Erlöschen der Konzession

§ 10

(1) Die Konzession erlischt durch den gegenüber der Behörde schriftlich erklärten Verzicht, durch den Tod des Konzessionsinhabers oder durch Zurücknahme.

(2) Der Tod des Konzessionsinhabers bewirkt dann nicht das Erlöschen der Konzession, wenn das Unternehmen im Sinne des § 9 Abs. 1 durch erbberechtigte Hinterbliebene weitergeführt wird.

(3) Die Konzession ist zurückzunehmen, wenn der Konzessionsinhaber

1. die Voraussetzungen nach § 5 verloren hat oder

2. die Ausübung der Konzession nicht längstens innerhalb von drei Monaten nach der Konzessionsverleihung aufgenommen hat oder sie im Laufe eines Jahres insgesamt länger als neun Monate oder zusammenhängend mehr als sechs Monate unterbrochen hat oder

3. wiederholt nicht geeignete Personen im Fiaker- und Pferdemitwagen-Fahrdienst verwendet oder zulässt, dass nicht geeignete Personen im Fahrdienst tätig werden, oder

4. wiederholt nicht gut genährte Pferde oder Pferde, die erkennbare Verletzungen oder Abweichungen vom physiologischen Gesundheitszustand aufweisen, im Fiaker- oder Pferdemitwagen-Fahrdienst verwendet oder zulässt, dass solche Pferde zum Einsatz gelangen oder

5. wiederholt Tierhaltebestimmungen betreffend Pferde nicht einhält oder

6. wiederholt nicht verkehrs- und betriebssichere Pferddekutschen im Fiaker- und Pfer-

demietwagen-Fahrdienst, insbesondere unter Außerachtlassung der §§ 72 und 73 der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 134/1999, verwendet oder

7. der Aufforderung gemäß § 11 Abs. 4 wiederholt nicht entsprochen hat oder

8. wiederholt seine Konzession durch einen nicht genehmigten Geschäftsführer oder Pächter ausüben lässt oder

9. wiederholt eine Auffahrordnung (§ 9 Abs. 4 Z. 2 und Abs. 5) nicht einhält oder

10. wiederholt schwenwiegende Verstöße gegen dieses Gesetz oder eine aufgrund dieses Gesetzes erlassene Verordnung begangen hat.

Überprüfungen

§ 11

(1) Soweit dies zur Vollziehung der Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen erforderlich ist, sind die Organe der zur Vollziehung dieser Vorschriften zuständigen Behörde sowie die von dieser Behörde herangezogenen Sachverständigen berechtigt - auch ohne vorhergehende Ankündigung - die zum Unternehmen gehörenden Stallungen und sonstigen Räumlichkeiten während der Betriebszeiten zu betreten und zu besichtigen und Kontrollen des Bestandes vorzunehmen. Der Konzessionsinhaber, der Pächter oder deren Geschäftsführer ist spätestens beim Betreten der Stallung oder sonstigen Räumlichkeit zu verständigen.

(2) Soweit dies zur Vollziehung der Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen erforderlich ist, hat der Konzessionsinhaber, der Pächter oder deren Geschäftsführer den Organen der im Abs. 1 genannten Behörde sowie den von dieser Behörde herangezogenen Sachverständigen das Betreten und die Besichtigung der Stallungen und der sonstigen zum Unternehmen gehörenden Räumlichkeiten zu ermöglichen. Weiters hat er der im Abs. 1 genannten Behörde die notwendigen Auskünfte zu geben sowie notwendige Unterlagen und Aufzeichnungen vorzulegen und die bei Untersuchungen der Zugpferde zumutbare Hilfe zu leisten.

(3) Die Organe der im Abs. 1 genannten Behörde haben bei den Amtshandlungen gemäß Abs. 1 und 2 darauf Bedacht zu nehmen, dass jede nicht unbedingt erforderliche Störung oder Behinderung des Betriebes vermieden wird.

(4) Bestehen begründete Bedenken hinsichtlich der Verkehrs- und Betriebssicherheit einzelner Pferdekutschen, ist der Konzessionsinhaber oder Pächter aufzufordern, innerhalb einer von der Behörde zu bestimmenden angemessenen Frist eine Stellungnahme eines Wagners (Kutschenbauers) beizubringen. Die Kosten einer solchen Stellungnahme hat der Konzessionsinhaber oder Pächter zu tragen.

(5) Bestehen begründete Bedenken hinsichtlich des Gesundheitszustandes einzelner Zugferde, ist der Konzessionsinhaber oder Pächter aufzufordern, innerhalb einer von der Behörde zu bestimmenden angemessenen Frist ein tierärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand des Pferdes beizubringen. Die Kosten eines solchen Gutachtens hat der Konzessionsinhaber oder Pächter zu tragen.

(6) Verfügt die Behörde über Organe mit entsprechenden Fachkenntnissen, können von dieser jederzeit die zum Unternehmen gehörenden Pferdekutschen auf ihre Verkehrs- und Betriebssicherheit geprüft werden. Der Konzessionsinhaber, der Pächter oder deren Geschäftsführer hat die Überprüfung der Pferdekutschen durch solche Organe zu ermöglichen.

Besondere Pflichten des Konzessionsinhabers

§ 12

(1) Der Konzessionsinhaber hat Aufzeichnungen darüber zu führen, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt die zum Unternehmen gehörenden Fahrzeuge gelenkt hat.

(2) Die Behörde kann Auskünfte verlangen, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt Fahrer eines nach der Fahrzeugnummer bestimmten Fahrzeuges war. Diese Auskunft, welche den Namen und die Anschrift der betreffenden Person enthalten muss, hat der Konzessionsinhaber zu erteilen.

(3) Der Konzessionsinhaber hat die Zugferde stets unter Beachtung der Vorschriften über den Tierschutz art-, rasse- und altersgerecht zu behandeln. Er hat dabei insbesondere die Vorschriften der Verordnung der Wiener Landesregierung über die Haltung von Pferden, LGBl. für Wien Nr. 51/1999, zu beachten.

(4) Der Konzessionsinhaber hat dafür Sorge zu tragen, dass die zum Unternehmen gehörenden Pferdekutschen während der gesamten Ausübungsdauer der Konzession in einem verkehrs- und betriebssicheren Zustand erhalten bleiben.

(5) Die Konzessionsinhaber haben durch geeignete Vorkehrungen sicherzustellen, dass jede Verunreinigung der Straßen durch feste Ausscheidungen der Zugpferde entweder verhindert (z.B. durch Exkremententaschen) oder ehebaldigst und kontinuierlich entfernt wird.

III. Abschnitt

Besondere Bestimmungen für Fiakerunternehmen

Traditionsbild der Fiakerkutsche

§ 13

(1) Im Fiaker-Fahrdienst dürfen nur solche Fahrzeuge verwendet werden, die dem überkommenen Traditionsbild der Fiakerkutsche entsprechen. Dem überkommenen Traditionsbild entsprechen die Fahrzeugtypen des Glaslandauers, des Lederlandauers, des Vis-a-vis-Wagens, der Victoria-Kutsche und des Coupés.

(2) Die Landesregierung kann die nähere Ausgestaltung der Fahrzeugtypen insbesondere hinsichtlich Farben, Lackierung und Tapezierung durch Verordnung festlegen.

IV. Abschnitt

Straf- und Schlussbestimmungen

Strafbestimmung

§ 14

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

1. unbefugt Personen gegen Entgelt mittels Pferdekutschen befördert;
2. seine Konzession durch einen nicht genehmigten Geschäftsführer oder Pächter ausüben lässt;

3. die im § 12 auferlegten Pflichten verletzt;

4. in anderer als der in Z. 1, 2 und 3 bezeichneten Weise gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen verstößt;

5. den in gemäß § 17 Abs. 1 als Gesetze in Geltung stehenden Vorschriften zuwiderhandelt.

(2) Verwaltungsübertretungen gemäß Abs. 1 sind mit einer Geldstrafe bis zu S 50.000,- zu bestrafen.

(3) Eine Verwaltungsübertretung liegt nicht vor, wenn durch eine Zuwiderhandlung gegen § 12 Abs. 3 auch ein tierschutzrechtlich strafbarer Tatbestand verwirklicht wird.

(4) Wurde die Bestellung eines Geschäftsführers oder Pächters genehmigt, so sind Geldstrafen gegen den Geschäftsführer oder Pächter zu verhängen.

Behörden

§ 15

(1) Soweit nicht ausdrücklich anderen Behörden ein Aufgabenbereich zugewiesen ist, obliegt die Vollziehung dieses Gesetzes in erster Instanz dem Magistrat.

(2) Die Gemeinde hat die folgenden, in diesem Gesetz geregelten Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen:

a) die Verleihung oder Zurücknahme von Konzessionen,

b) die Bewilligung der Konzessionsausübung durch einen Geschäftsführer oder Pächter sowie deren Zurücknahme.

(3) Der Bundespolizeidirektion Wien obliegt:

1. die Abgabe von Äußerungen (§ 7 Abs. 2);

2. die Überwachung der Einhaltung der Betriebs- und Beförderungsbedingungen, soweit sie sich auf Verbote oder eine bestimmte Reihenfolge des Auffahrens auf Stand-

plätze, wie etwa Auffahrverbote an bestimmten Tagen oder an bestimmten Orten oder eine Platzkartenregelung sowie auf die Fahrgastaufnahme und die Kennzeichnung der beim Betrieb des Unternehmens verwendeten Fahrzeuge beziehen;

3. bei Übertretungen der Betriebs- und Beförderungsbedingungen (Z. 2),

a) die Erstattung von Anzeigen;

b) die Festnahme gemäß § 35 VStG;

c) das Absehen von einer Festnahme unter Festsetzung einer vorläufigen Sicherheit gemäß § 37a VStG;

4. Abnahme von Nummerntafeln (§ 7 Abs. 5).

Sprachliche Gleichbehandlung

§ 16

Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sich diese auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

Übergangsbestimmungen

§ 17

(1) Bis zu einer Neuregelung bleiben folgende Verordnungen als Gesetze solange in Geltung, bis durch auf dieses Gesetz gegründete Verordnungen eine Neuregelung erfolgt ist:

1. Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Betriebsordnung für Fiaker- und Pferdewagenunternehmen (Betriebsordnung für Fiaker- und Pferdewagenunternehmen 1994), LGBl. für Wien Nr. 36/1994, in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 33/1999,

2. Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die zum Nachweis der Befähigung für den Betrieb eines Fiaker- oder Pferdewagenunternehmens vorgeschriebene Prüfung (Fiaker- und Pferdewagenunternehmen-Befähigungsprüfungsverord-

nung), LGBl. für Wien Nr. 35/1994,

3. Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Eignungsvoraussetzungen für die im Fiaker- und Pferdewagen-Fahrdienst tätigen Personen (Fiaker- und Pferdewagen-Fahrdienstprüfungsverordnung), LGBl. für Wien Nr. 35/1997, in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 9/1999,

4. Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Festlegung der Höchsttarife für Fiaker- und Pferdewagenunternehmen (Fiaker- und Pferdewagentarif 1994), LGBl. für Wien Nr. 37/1994, in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 2/1996.

(2) Bescheide, die nach den bisher geltenden Vorschriften erlassen wurden, bleiben unberührt.

(3) Auf alle zum Zeitpunkt des Inkrafttretens anhängigen Verfahren sind die bisherigen Bestimmungen anzuwenden.

(4) Die auf Grund des § 17b Abs. 2 des Wiener Veranstaltungsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 12/1971, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 58/1999, bestellten Mitglieder der Prüfungskommission behalten ihre Funktion nach den bisher geltenden Bestimmungen.

Inkrafttreten

§ 18

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung in Kraft.

(2) Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2002 tritt im § 14 Abs. 2 an die Stelle der Angabe 'S 50.000,--' die Angabe '3.500 Euro'.

(3) Die Bestimmungen des § 7 Abs. 3, 4 und 5 treten vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft.

(4) Im § 9 Abs. 5 tritt ab 1. November 2001 an die Stelle der Zahl 142 die Zahl 120.

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor:

VORBLATT

Problem und Ziel:

Auf Grund der Verfassungsbestimmung des § 1 Abs. 3 des Gelegenheitsverkehrsgesetzes fallen die Angelegenheiten der Beförderung von Personen mit Fahrzeugen, die durch die Kraft von Tieren bewegt werden, in die Gesetzgebungskompetenz der Länder.

Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Personenbeförderung durch Fiaker und Pferdewagen als Fremdenverkehrsattraktion sollen diese Angelegenheiten, welche bisher in das Wiener Veranstaltungsgesetz eingearbeitet waren, in einem eigenen Gesetz geregelt werden, um die Sicherheit der beförderten Personen und die Qualität der gebotenen Leistung durch ein geschlossenes Rechtssystem zu gewährleisten.

Alternative:

Belassung der Einbindung der Angelegenheiten im Wiener Veranstaltungsgesetz.

Kosten:

Angesichts der geringen Zahl an Fiaker- und Pferdewagenunternehmen in Wien ist trotz zusätzlicher Überprüfungspflichten für den Magistrat und der allfälligen Notwendigkeit der Abhandlung zusätzlicher Verwaltungsstrafverfahren mit keinem nennenswerten Mehraufwand zu rechnen.

Im Bereich der Straßenreinigung wird es für die Stadt Wien zu Einsparungen kommen.

Für den Bund entsteht durch die Neuregelung kein zusätzlicher Aufwand.

⋮ Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung der Bundesregierung gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

EU-Konformität:

Gegeben.

Eine Notifikation der §§ 3 Abs. 2 und 13 des Entwurfes konnte unterbleiben, da diese Bestimmungen lediglich die bestehenden technischen Vorschriften des § 15a Abs. 3 und 4 des Wiener Veranstaltungsgesetzes in der Fassung der Veranstaltungsgesetznovelle 1998, LGBl. für Wien Nr. 15/1999, welche der Kommission ordnungsgemäß mitgeteilt worden sind (Notifikations-Nummer 98/357/A), ersetzen, ohne neue oder ergänzende Spezifikationen hinzuzufügen und folglich nicht mitteilungsspflichtig sind (vgl. die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 3. Juni 1999, Rs C-33/97).

ERLÄUTERUNGEN:

Allgemeiner Teil:

§ 1 Abs. 3 des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes enthält seit der Novelle BGBl. Nr. 129/1993 eine Verfassungsbestimmung, die die Angelegenheiten der Beförderung von Personen mit Fahrzeugen, die durch die Kraft von Tieren bewegt werden, von der Gewerbekompetenz des Bundes (Art. 10 Abs. 1 Z. 8 B-VG) ausnimmt. Diese Verfassungsbestimmung ist gleichzeitig mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum am 1. Jänner 1994 in Kraft getreten. Ab diesem Zeitpunkt fallen daher diese aus der Bundeskompetenz ausgenommenen Angelegenheiten in die Gesetzgebungskompetenz der Länder.

Der Landesgesetzgeber hat sodann in der Folge die Beförderung von Personen mit Fahrzeugen, die durch die Kraft von Tieren bewegt werden, auf Grund des inhaltlichen Konnexes im Wiener Veranstaltungsgesetz erfasst.

Im Hinblick darauf, dass Personen, die sich gegen Entgelt in einer Pferdekutsche befördern lassen, auch weiterhin davon ausgehen können sollen, dass auf Grund gesetzlicher Ordnungsvorschriften für ihre Sicherheit Sorge getragen wird und dass gerade Fiaker eine nicht zu unterschätzende Fremdenverkehrsattraktion darstellen und die Qualität der gebotenen Leistung wesentlich zum Bild der Stadt Wien beiträgt, soll nunmehr ein geschlossenes Rechtssystem in einem eigenen Gesetz geschaffen werden.

Den Magistrat der Stadt Wien treffen zusätzliche Überprüfungspflichten hinsichtlich der gegenüber dem Wiener Veranstaltungsgesetz neu aufgenommenen Pflichten der Konzessionsinhaber (vgl. § 12) und der Verkehrs- und Betriebssicherheit der Pferdekutschen (vgl. § 11 Abs. 4 und 5). Gegebenenfalls werden entsprechende zusätzliche Verwaltungsstrafverfahren durchzuführen sein.

In Wien gibt es derzeit 19 Fiaker- und Pferdewagenunternehmen. In den Jahren 1997 und 1998 wurden von der Magistratsabteilung 35 ca. 80 Verwaltungsstrafverfahren, 1999 ca. 50 Verwaltungsstrafverfahren im Zusammenhang mit dem Betrieb von Fiaker- und Pferdewagenunternehmen durchgeführt. Angesichts der geringen Zahl an Fiaker- und Pferdewagenunternehmen in Wien ist trotz einer zusätzlichen Überprüfungsverpflichtung für den Magistrat und der allfälligen Notwendigkeit zusätzlicher abzuhandelnder Verwaltungsstrafverfahren mit keinem nennenswerten Mehraufwand zu rechnen.

Zum Einsparungspotential im Bereich der Straßenreinigung auf Grund der im § 12 Abs. 5 des Entwurfes neu aufgenommenen Verpflichtung der Konzessionsinhaber wird ausgeführt, dass allein für die von der Magistratsabteilung 48 vorgenommene maschinelle Reinigung entlang der Fiakerrouen durch Straßenwaschmaschinen und Kehrmaschinen jährlich Kosten in der Höhe von rund S 8,1 Mio anfallen. Als Grundlage für diese Berechnung dienen Anzahl und Stunden der Fahrzeuge, Stundensätze des Leistungskataloges der Magistratsabteilung 48 von 1999 sowie fallweise An- und Abfahrtszeiten. Dazu kommen die Kosten der händischen Kehrungen, welche zusätzlich zur maschinellen Reinigung unentbehrlich sind.

Zusammenfassend entstehen der Magistratsabteilung 48 jährlich Kosten von insgesamt mehr als S 10 Mio für die Reinigung der Fahrbahnen entlang der Fiakerrouen. Diese Kosten werden durch die Verpflichtung der Konzessionsinhaber gemäß § 12 Abs. 5 minimiert werden können.

Für den Bund entsteht durch die Neuregelung kein zusätzlicher Aufwand, da der Betrieb von Fiaker- und Pferdewagenunternehmen bisher im Wiener Veranstaltungsgesetz als konzessionspflichtige Dauerveranstaltung geregelt war und die Bundespolizeidirektion Wien bereits nach diesem Gesetz Überwachungspflichten getroffen haben. Für die nunmehr in den §§ 7 Abs. 2 und 15 Abs. 3 des Entwurfes vorgesehene Mitwirkung der Bundespolizeidirektion Wien bei der Vollziehung muss allerdings gemäß § 97 Abs. 2 B-VG die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt werden.

Besonderer Teil:

Zu § 1:

Erfasst werden soll die Personenbeförderung durch Fiaker und durch Pferdewagen.

Von einer gesetzlichen Regelung des Personentransportes mit Fahrzeugen, die von anderen Tieren als Pferden gezogen werden, wird aber abgesehen, weil dieser im Land Wien sowohl zahlenmäßig wie auch wirtschaftlich nicht von Bedeutung ist.

Zu § 2:

Da nur von Pferden gezogene Fahrzeuge vom Gesetz erfasst werden sollen, wurde der Begriff "Pferdekutsche" anstelle des in der Rechtsordnung sonst weiter verstandenen Begriffes des "Fuhrwerkes" verwendet (vgl. z.B. § 2 Abs. 1 Z. 21 StVO 1960).

Die Begriffsdefinitionen des "Fiakerunternehmens" und des "Pferdemietwagenunternehmens" wurden vom Wiener Veranstaltungsgesetz übernommen. Als Unterscheidungskriterium ist der Ort der Anbotsleistung heranzuziehen. Der Begriff des Entgelts (Z. 4) ist bewusst weit gefasst und beinhaltet auch Sachleistungen.

Zu § 3:

Wenn Personen in Pferdekutschen gegen Entgelt befördert werden, muss dieser Tätigkeit eine Bewilligung zugrundeliegen. Es ist daher auch nicht zulässig, eine andere Form des entgeltlichen Personentransportes mit Pferdekutschen als die im Gesetz geregelten auszuüben.

Die zeitliche Beschränkung des Betriebes erfolgt im Interesse der ordnungsgemäßen Straßenreinigung, um die damit verbundene Lärmbelästigung in Grenzen zu halten. Damit wird auch dem Ruhebedürfnis der Wohnbevölkerung Rechnung getragen.

Zu §§ 4 bis 8:

Das System der Konzessionsverleihung des Wiener Veranstaltungsgesetzes wurde weitgehend übernommen, da im Hinblick auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (vgl. VfSlg. 10932) die Einführung einer Bedarfsprüfung in einer sachlich nicht gerechtfertigten Weise in das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf Erwerbsausübungsfreiheit eingreifen würde.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Pferdekutschen im Verhältnis zur Zahl der anderen im Straßenverkehr teilnehmenden Fahrzeuge derzeit gering ist und wohl auch bleiben wird. Die Beschränkung der Anzahl etwa der Fiakerkonzessionen durch eine Bedarfsprüfung ist daher ein völlig unadäquates Mittel zur Gewährleistung eines funktionierenden Fiakerbetriebes. Überdies diene eine solche Bedarfsprüfung bei der Verleihung von Fiakerkonzessionen tatsächlich dem nicht im öffentlichen Interesse gelegenen Konkurrenzschutz und wäre daher zur Durchsetzung öffentlicher Interessen absolut ungeeignet.

Die Anforderungen an die Bewilligung entsprechen im Wesentlichen der bisherigen Rechtslage nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz.

Zur Frage der erforderlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (§ 5 Abs. 1 Z. 7) ist im Bewilligungsverfahren gemäß § 7 Abs. 2 eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer Wien einzuholen.

Betroffen sind jedenfalls die Bezirksvorsteher der Bezirke, in welchen sich der Unternehmensstandort, Fiakerstandplätze (§ 96 Abs. 4 StVO 1960) und Fiakerrouen gemäß dem Fiaker- und Pferdemitwagentarif 1994 befinden.

Bei einer gerichtlichen Verurteilung wegen Tierquälerei (§ 222 StGB) soll auch eine geringere als die sonst in § 5 Abs. 3 Z. 1 vorgesehenen Geld- und Freiheitsstrafen die Erteilung einer Bewilligung ausschließen, da die Führung eines Fiaker- oder Pferdemitwagenunternehmens ohne Zweifel nicht mit solchen Straftaten in Einklang zu bringen ist. Die sachlichen Voraussetzungen sollen grundsätzlich die artgerechte Haltung der Zugpferde sowie das Vorhandensein der erforderlichen Räumlichkeiten gewährleisten.

Die Bestimmungen des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes bleiben vom gegenständlichen Gesetz unberührt und finden daher jedenfalls auch auf Fiaker- und Pferdemitwagenunternehmen Anwendung.

§ 5 Abs. 6 stellt klar, dass bei einer Vermehrung der Zahl der Kutschen nicht eine neue Konzession zu erteilen, sondern der Umfang der bestehenden Konzession entsprechend zu ändern ist. Der Nachweis der fachlichen Befähigung ist detailliert im § 6 geregelt.

Da es in der Vergangenheit immer wieder Missbräuche durch Mehrfachverwendung von Fahrzeugnummern gegeben hat, soll nunmehr die Wirtschaftskammer Wien Nummerntafeln mit einer fälschungssicheren Stampiglie ausgeben.

Zu § 9:

Die Konzessionsausübung durch einen Geschäftsführer oder Pächter bedarf, wie schon bisher nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz, der behördlichen Bewilligung. Für den Fall des Todes des Konzessionsinhabers ist ein, gegenüber der Gewerbeordnung 1994, geringfügig modifiziertes Fortbetriebsrecht der Hinterbliebenen vorgesehen. Im Abs. 4 ist eine Verordnungsermächtigung an die Wiener Landesregierung vorgesehen.

Die Verordnungsermächtigung in Abs. 5 soll für den Fall Vorsorge treffen, dass bei einem weiteren Ansteigen der Zahl der Fahrzeuge im Betrieb von Fiakerunternehmen eine nach Abs. 4 Z. 2 erlassene Auffahrrordnung nicht mehr ausreicht, um die Gefahr der Überfüllung von Fiaker-Standplätzen und die damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen hintanzuhalten.

Zu § 10:

Neu gegenüber der bisherigen Rechtslage nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz ist das Erlöschen der Konzession durch einen gegenüber der Behörde schriftlich erklärten Verzicht.

Die Entziehungstatbestände nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz werden um die Tatbestände der Z. 6 bis 10 im Abs. 3 erweitert.

"Wiederholt" bedeutet auch "zweimal".

Zu § 11:

Die Abs. 1 bis 3 sind der Bestimmung des § 338 Gewerbeordnung 1994 nachgebildet und sollen der Behörde die Überprüfung der Stallungen und Räumlichkeiten zum Einstellen der Fahrzeuge und zur Aufbewahrung der erforderlichen Ausrüstungsgegenstände auch ohne vorhergehende Ankündigung ermöglichen, um eine ordentliche Konzessionsausübung sicherzustellen.

Die Abs. 4 und 6 sollen gewährleisten, dass nur verkehrs- und betriebssichere Pferdekutschen im Fiaker- und Pferdemitwagenbetrieb verwendet werden.

Den Amtstierärzten ist es oft nicht möglich, auf den Standplätzen die entsprechenden eingehenden Untersuchungen der Zugpferde durchzuführen, um abschließend beurteilen zu können, ob das betroffene Tier einsatzfähig ist. Für diese Fälle soll Abs. 5 Vorsorge treffen.

Zu § 12:

Diese besonderen Pflichten des Konzessionsinhabers sollen einen geordneten Betrieb sicherstellen. Die Lenkerankunft wird wie im Kraftfahrwesen auf Gesetzesebene normiert.

Eine besondere Kennzeichnung der Zugpferde, etwa durch einen Chip sowie der Pferdekutschen etwa durch Fahrgestellnummer, Typenschein und Zulassungsschein wurde auf Grund des damit verbundenen erheblichen Verwaltungsaufwandes, welcher in keiner Relation zum zu erwartenden Nutzen steht, nicht aufgenommen.

Die im Abs. 5 aufgenommene Verpflichtung des Konzessionsinhabers soll Missstände auf Grund von Verunreinigungen der Straßen durch feste Ausscheidungen der Zugtiere

verhindern.

Zu § 13:

Diese Bestimmung dient dem Schutz des überkommenen Traditionsbilde der Fiakerkutsche und soll die Qualität der gebotenen Leistung als Fremdenverkehrsattraktion sicherstellen.

Zu §§ 14 bis 18:

Der in § 14 vorgesehene Strafraumen soll im Hinblick auf die durch Übertretungen des Gesetzes zu erzielenden wirtschaftlichen Vorteile (z.B. durch das Befördern von Personen in ungeeigneten Fahrzeugen) eine ausreichende abschreckende Wirkung ermöglichen.

Auch Verstöße gegen eine nach § 9 Abs. 4 Z. 2 und Abs. 5 erlassene Auffahrorndnung sind strafbar. Bei wiederholten Verstößen liegt der Zurücknahmetatbestand des § 10 Abs. 3 Z. 9 vor.

Die Behördenzuständigkeit nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 12/1971 in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 58/1999, soll beibehalten werden. Die Bundespolizeidirektion Wien soll für die Überwachung der Einhaltung der Betriebs- und Beförderungsbedingungen, soweit sie mit dem Straßenverkehr im Zusammenhang stehen (Standplatzauffahrorndnung, Fahrgastaufnahme, Kennzeichnung der Fahrzeuge), zuständig bleiben. Vor der Abnahme von Nummerntafeln wird der Bundespolizeidirektion Wien eine Mitteilung über das rechtskräftige Erlöschen der Konzession nach § 10 sowie eine Information der Wirtschaftskammer Wien, wonach der betreffende Unternehmer die Nummerntafel noch nicht abgeliefert hat, umgehend zu übermitteln sein.